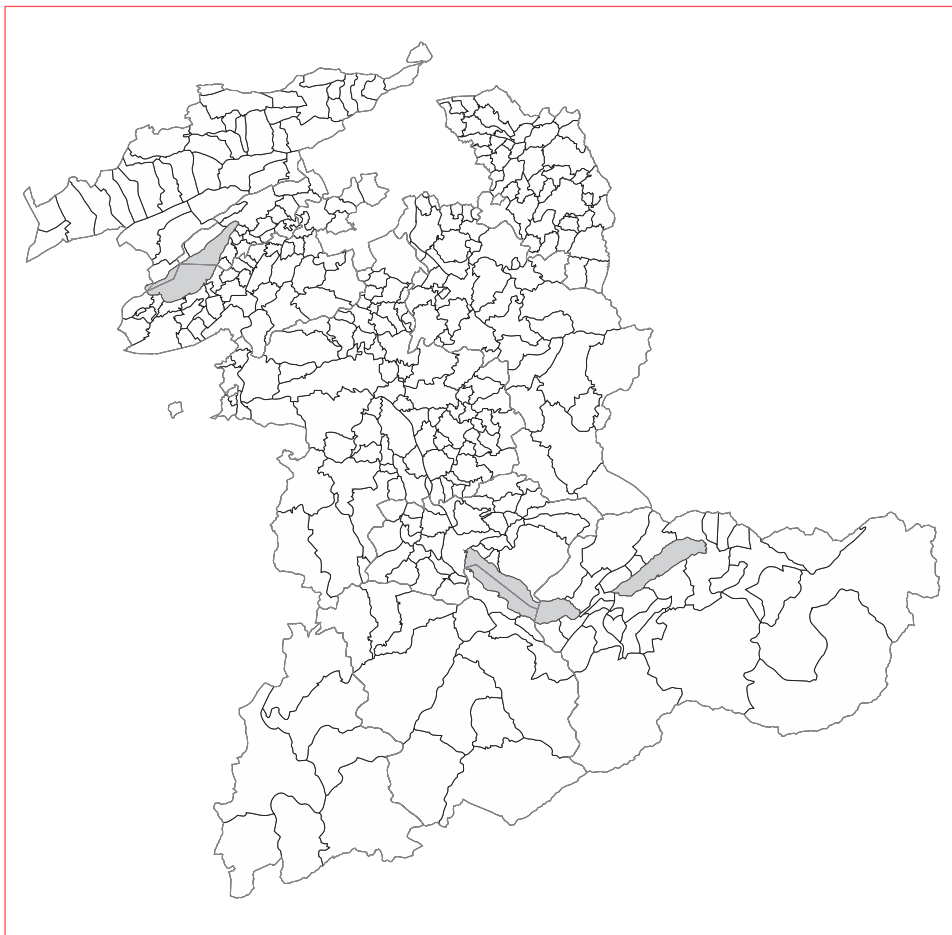


**Verband Bernischer Gemeinden VBG**  
**Association des Communes Bernoises ACB**

**INFO 3/2023**



# Denn ich vertraue einem engagierten Partner

Ein flexibles Vorsorgeangebot, persönliche Kundenbetreuung und Servicequalität auf höchstem Niveau. Dafür steht die Previs Vorsorge seit über 60 Jahren im Service Public – und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Seit Jahrzehnten bewährte Partner: Verband Bernischer Gemeinden VBG und die Previs.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

previs   
Vorsorgen mit Durchblick

---

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort des Präsidenten .....	2
Editorial du président .....	7
Wichtige Geschäfte .....	11
Les principaux dossiers en cours .....	21
Naturgefahren den Wind aus den Segeln nehmen .....	31
Parer aux dommages naturels .....	34
Porträt der Gemeinde Lauterbrunnen .....	39
Interview mit Gemeindepräsident Karl Näpflin .....	46
Veranstaltungshinweise / Manifestations 2024 .....	47

## IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Bernischer Gemeinden VBG  
Kornhausplatz 11, Postfach 568, 3000 Bern 8  
Telefon 031 311 08 08, Telefax 031 312 24 64  
vbg@recht-governance.ch  
acb@recht-governance.ch

Präsident

Daniel Bichsel

Geschäftsführer

Jürg Wichtermann

Redaktion

Monika Gerber

Übersetzung

Roxane Jacobi, Biel/Bienne

Druck

Hansen Druck, 3011 Bern

Auflage

600 Exemplare

Redaktionsschluss Info 1 / 24

28. März 2024

## VORWORT DES PRÄSIDENTEN



*Daniel Bichsel*  
*VBG-Präsident*

Schreiben Sie noch Weihnachtskarten? Verschicken Sie noch Neujahrsgrüsse? Und wenn ja: Wie? Auf Papier, vielleicht sogar handgeschrieben oder wenigstens eigenhändig unterschrieben und mit Briefmarke beklebt? Oder per Mausclick, mit schön gestalteter Fotoanimation und beliebig skalierbar?

Ja, auch in der Art und Weise, wie wir den Jahreswechsel zelebrieren, zeigt sich der Wandel der Zeit, der Wandel der gesellschaftlichen Sitten und Gebräuche – und der Wandel der Technologie. Womit wir wieder einmal beim Thema Digitalisierung wären. «Nicht schon wieder!», werden Sie vielleicht sagen. Doch, es muss sein.

Am 1. März 2023 ist das Gesetz über die digitale Verwaltung (DVG) in Kraft getreten. Auf der Homepage des Kantons

kann man lesen, was mit der «digitalen Verwaltung» gemeint ist:

- Grundsatz des digitalen Primats: Kanton und Gemeinden handeln und kommunizieren grundsätzlich digital.
- Pflicht zum digitalen Verkehr für Profis: Behörden, Unternehmen und professionelle Benutzende sind zum digitalen Verkehr mit dem Staat verpflichtet. (...)
- Leitplanken für digitale Leistungen der Behörden (...).
- Der Kanton kann allen Behörden im Kanton Basisdienste anbieten, um ihnen die Digitalisierung zu erleichtern.
- Die behördenübergreifende Zusammenarbeit bei der Digitalisierung wird vereinfacht.

Soweit der kantonale Originalton in der Internet-Theorie. Und wo stehen wir in der Realität? Nun, der digitale «Big Bang» ist bisher ausgeblieben. Die meisten Gemeinden handeln und kommunizieren nach wie vor auch und vielleicht sogar überwiegend analog. Der digitale Verkehr unter Behörden, Unternehmen und professionellen Benutzenden ist noch alles andere als durchgängig. Leitplanken für digitale Leistungen der Behörden stehen noch kaum ins Auge.



Geht es um kantonale Angebote für Basisdienste, so ist bisher eher Zurückhaltung zu spüren, um es zurückhaltend auszudrücken.

War das Jahr 2023 also das Jahr der digitalen Enttäuschungen? Man sollte nicht vorschnell urteilen. Die Erwartungen und Ziele, die mit dem DVG gesetzt wurden, waren und sind hoch. Und sie sind grundsätzlich nach wie vor richtig. Solche Ziele erreicht man allerdings nicht in ein paar Monaten. Es braucht viel Arbeit, viele Ressourcen, Zeit und Koordination. Zu erwarten, dass nach einem knappen Jahr bereits alles umgesetzt ist, wäre schlicht weltfremd gewesen. Vorderhand also noch kein Grund für Enttäuschungen.

Eine gewisse Ernüchterung ist in den Gemeinden allerdings durchaus spürbar. Und diese hat ihre Gründe. Damit die hochgesteckten Ziele erreicht werden können, braucht es seitens des Kantons unbedingt verlässliche Orientierungen, realistische Planungen, eine klare Kommunikation der nächsten Schritte. Davon ist bisher noch nicht allzu viel zu sehen. Guter Wille ist zwar hier und dort vorhanden. Es werden

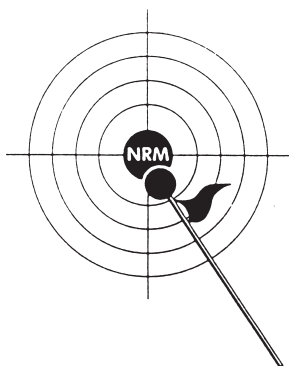
aber auch widersprüchlichen Signale unterschiedlicher kantonaler Stellen ausgesendet, die verunsichern und den Eindruck erwecken könnten, die Gemeinden seien auf sich allein gestellt, wenn es darum geht, die vom Kanton gesetzten Vorgaben umzusetzen.

Digitalisierung – so nötig und unumkehrbar sie ist – ist komplex und kostspielig. Es macht schlicht keinen Sinn, dass 1000 gemeinderechtliche Körperschaften die digitale Welt auf eigene Faust erkunden, dass jede Gemeinde für sich versucht, sich im Nebel der digitalen Zukunft zu orientieren. Die Gemeinden brauchen klare Ansagen, eine gute Koordination und eine zuverlässige und gemeinsam erarbeitete realistische «Road map» für die digitale Transformation. Der Kanton hat mit dem DVG den Massstab gesetzt. Jetzt muss er auch mithelfen, dass die kommunale Ebene mit diesem Massstab umgehen kann. Sonst bleibt die kantonale Idee der «behördenübergreifenden Zusammenarbeit bei der Digitalisierung» ein schönes Schlagwort. Insofern unterscheidet sich das Analoge nicht vom Digitalen: Sowohl Papier als auch Bits and Bytes sind geduldig...

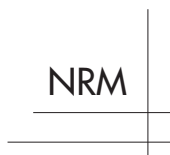
Das Jahr 2023 neigt sich dem Ende entgegen. Zeit für einen Jahresrückblick? Was hat Ihre Gemeinde am meisten beschäftigt? Was ist geglückt, was nicht? Es ist gar nicht einfach, für die Gemeinden des Kantons Bern eine allgemeine Jahresbilanz zu ziehen. Höhepunkte und Herausforderungen gab es unzählige vom Berner Jura bis ins Oberland und von der Sense bis an die Emme und die Langete. Schöne Feste, erfolgreiche Jahresabschlüsse oder drückende Bilanzfehlbeträge, entlastende Verkehrser-schliessungen, geglückte oder verzögerte Planungen, spannende Wahlen, Hochwasser, Dürre, Personalknappheit, Spitalschliessung, Asylbewerberunter-

künfte, hohe Strompreise, innovative Projekte aller Art, tolle Schulhausbauten – die Aufzählung ist so lang wie die Liste der (noch) 337 Gemeinden des Kantons. Das zeigt die Vielfalt der Berner Gemeinden. Unterschiedliche Herausforderungen, aber das Ziel ist für alle das gleiche: Eine solide, gute Grundlage schaffen für ein erspriessliches Zusammenleben der Menschen in der Gemeinde. Gibt es eine schönere Aufgabe?

Für Ihr Engagement in Ihrer Gemeinde im vergangenen Jahr danke ich Ihnen herzlich. Und für die Herausforderungen des neuen Jahres wünsche ich Ihnen viel Energie und Fantasie.



**... der Treffer ins Schwarze!**



... gefragt sind leistungsfähige, benutzerfreundliche sowie kostengünstige Lösungen für öffentliche Verwaltungen

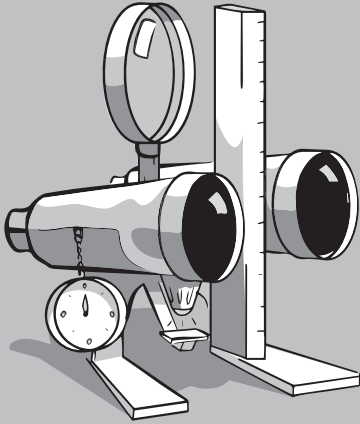
... unser Soft- und Hardware-Angebot deckt Einplatz- wie auch moderne, mehrplatzfähige Cloud-Lösungen ab

... wir beraten und unterstützen

- *Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden*
- *Schulen, Zweckverbände, Forstbetriebe, ARA, Wasserversorgungen, Wasserbauverbände, Schwellenkorporationen, usw.*

NRM AG, Gewerbestrasse 27, 4512 Bellach, Telefon +41 32 618 10 15  
info@nrmag.ch, www.nrmag.ch

**Software-Entwicklung, Beratung, Schulung**



## **MANDATUM – sucht und findet**

Wir begleiten Ihr Stellenbesetzungsverfahren von A bis Z – prompt, professionell und auf Ihre Unternehmenskultur zugeschnitten.

**MANDATUM** Verwaltungsmanagement GmbH, Postfach, 3360 Herzogenbuchsee  
John Günther, 031 832 44 32, info@mandatum.ch, www.mandatum.ch



**ROD** TREUHAND

**ROD Treuhand AG**  
Solothurnstrasse 22  
3322 Urtenen-Schönbühl  
Telefon 031 858 31 11  
info@rod.ch

Wir sind der verlässliche Partner für Gemeinden und Unternehmen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und sorgen dafür, dass Sie sich in Revisions- und Treuhandfragen ausgezeichnet beraten und aufgehoben fühlen.

Wir sind Spezialisten für:

**Revision**  
**Stellvertretungen in Verwaltungen**  
**Finanzplanung /Finanzanalyse**  
**Buchführung**

[www.rod.ch](http://www.rod.ch)

# EDITORIAL DU PRÉSIDENT

*Daniel Bichsel, président de l'ACB*

Écrivez-vous encore des cartes de Noël ? Envoyez-vous encore des vœux pour la nouvelle année ? Et si oui, comment ? Sur une carte papier écrite à la main ou au moins signée de votre main et pourvue d'un timbre-poste ? Ou en un clic de souris, avec une animation photo bien conçue et redimensionnable à volonté ?

Eh oui, la façon dont nous célébrons le passage à la nouvelle année est aussi révélatrice de l'évolution des époques, des mœurs et des coutumes sociales – et de l'évolution de la technologie. Ce qui nous ramène une fois de plus au thème de la numérisation. « Oh non, pas encore ! » diront certains. Et pourtant, il le faut.

Le 1er mars 2023, la loi sur l'administration numérique (LAN) est entrée en vigueur. Sur le site du canton, on peut lire en quoi consiste « l'administration numérique » :

- Principe de la primauté du numérique : le canton et les communes agissent et communiquent en principe par voie électronique.
- Échanges numériques obligatoires pour les professionnels et professionnelles : les autorités, les entreprises ainsi que

les usagères et usagers professionnels sont tenus d'échanger avec l'État par voie électronique. (...)

- Règles encadrant les services numériques des autorités (...).
- Fourniture, par le canton, de services de base à toutes les autorités du canton pour faciliter leur transition numérique.
- Encouragement de la collaboration entre les autorités en matière de transformation numérique.

Voilà ce qu'il en est de la version originale du canton dans la théorie Internet. Et où en sommes-nous en réalité ? Le grand « big bang » numérique n'a pas eu lieu. La plupart des communes continuent d'agir et de communiquer aussi – et peut-être même principalement – de manière analogique. Les échanges numériques entre autorités, entreprises ainsi qu'usagères et usagers professionnels sont loin d'être généralisés. Les règles devant encadrer les services numériques des autorités ne se manifestent pas vraiment encore. Enfin, en ce qui concerne l'offre cantonale de services de base, on constate jusqu'ici une retenue certaine... pour l'exprimer tout en retenue.

Dès lors, 2023 était-elle l'année des déceptions numériques ? Ne portons pas



de jugement hâtif. Les attentes et les objectifs découlant de la LAN étaient et restent placés très haut. Et ils demeurent justes. Toutefois, on n'atteint pas de tels objectifs en quelques mois. Cela nécessite beaucoup de travail, de ressources, de temps et de coordination. S'attendre à ce que tout soit déjà mis en œuvre au bout d'un an à peine serait tout simplement irréaliste. Il n'y a donc pas de raison d'être déçu pour l'instant.

Toutefois, une certaine désillusion est perceptible chez les communes. Et il y a des raisons à cela. Pour que les objectifs ambitieux fixés puissent être atteints, il faut absolument de la part du canton des orientations fiables, des planifications réalistes et une communication claire sur les prochaines étapes. Jusqu'à présent, nous n'en avons pas vu beaucoup. La bonne volonté est certes présente ici et là. Mais il y a aussi des signaux contradictoires envoyés par différents services cantonaux, qui pourraient déstabiliser et donner l'impression que les communes sont livrées à elles-mêmes lorsqu'il s'agit de mettre en œuvre les directives fixées par le canton.

La numérisation – aussi nécessaire et irréversible soit-elle – est complexe et coûteuse. Il est tout simplement insensé que 1000 collectivités de droit communal explorent le monde numérique de leur propre chef, que chaque commune tente de s'orienter de son côté dans le brouillard de l'avenir numérique. Les communes ont besoin de messages clairs, d'une bonne coordination et d'une « feuille de route » pour la transformation numérique qui soit réaliste, fiable et élaborée conjointement. Le canton a posé les jalons avec la LAN. Il doit maintenant contribuer à ce que l'échelon communal puisse travailler avec cette nouvelle norme. Sinon, l'idée cantonale de « collaboration entre les autorités en matière de transformation numérique » restera un vain mot. Sur ce point, l'analogique ne se distingue pas du numérique : tant le papier que les bits et les octets sont patients...

2023 touche à sa fin. Il est temps de faire le point sur l'année écoulée ? Qu'est-ce qui a le plus occupé votre commune ? Quels ont été les succès, qu'est-ce qui ne l'a pas été ? Il n'est pas facile de dresser un bilan général de l'année écoulée pour l'ensemble des communes

bernoises. Les moments forts et les problèmes ont été innombrables, du Jura bernois à l'Oberland et de la Singine à l'Emme en passant par la Langete. De belles fêtes, des clôtures annuelles positives ou des déficits accablants, des dessertes de transport public qui déchargent le réseau, des planifications réussies ou retardées, des élections passionnantes, des inondations, des sécheresses, des pénuries de personnel, des fermetures d'hôpitaux, des centres d'hébergement pour requérantes et requérants d'asile, des prix de l'électricité élevés, des projets innovants en tous genres, des écoles flambant neuves – l'énuméra-

tion est aussi longue que la liste des (encore) 337 communes du canton. Cela montre la diversité des communes bernoises. Les défis sont différents, mais l'objectif est le même pour toutes : créer une base solide qualitative pour garantir une cohabitation fructueuse de toutes les personnes qui vivent dans la commune. Existe-t-il une plus belle mission ?

Je vous remercie chaleureusement pour votre engagement au sein de votre commune au cours de l'année écoulée. Et je vous souhaite beaucoup d'énergie et d'imagination pour affronter les défis de l'année à venir.



## Car la taille est pour moi un critère de choix

Previs Prévoyance compte parmi les dix plus grandes institutions collectives et communes. Une longue tradition dans le domaine du service public, des solutions de prévoyance flexibles et une qualité de service au plus haut niveau: voilà ce pour quoi nous nous engageons depuis plus de 60 ans.

Deux partenaires forts: l'Association des Communes Suisses (ACS) et la Previs.

[www.previs.ch](http://www.previs.ch)

**previs**   
Quand prévoyance  
rime avec transparence

## Ihre Beschaffungsspezialisten für öffentliche Ausschreibungen

**Mit unserer Erfahrung aus über 200 öffentlichen Verfahren unterstützen wir Sie in Ihrer nächsten Ausschreibung.**

Ob Baudienst- oder Werkleistungen – effekt7 ist Ihr beschaffungsrechtlicher Sparringpartner.

Von der Strombeschaffungsstrategie bis zur Stromeindeckung – effekt7 ist Ihr Partner rund um das Thema Strom.



  
vom Potenzial zum Erfolg



[effekt7.ch](http://effekt7.ch) | [hallo@effekt7.ch](mailto:hallo@effekt7.ch) | +41 76 297 42 43

# WICHTIGE GESCHÄFTE

## DIGITALISIERUNG IM KANTON BERN

---

Mit dem Gesetz über die digitale Verwaltung (DVG) wurde im Kanton Bern per 1. März 2023 das digitale Primat eingeführt. Dies führt auch für die Gemeinden zu Veränderungen in ihren Prozessen und neuen Herausforderungen. Vordringendes Thema ist die Einführung einer Geschäftsverwaltungssoftware (GEVER) in allen bernischen Gemeinden. Hierzu sind verschiedene wichtige Hinweise und Mustervorlagen im Ratgeber «Der Weg zur digitalen Archivierung» zu finden. Die Gemeinden tun gut daran, bereits bei der Einführung von «GEVER» die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit der gesamte Lebenszyklus der Akten bis hin zur Archivierung «digital» angelegt wird. Sind bereits GEVER-Programme in Anwendung, die diese Voraussetzungen noch nicht erfüllen, sollten die Gemeinden ebenfalls in absehbarer Zeit aktiv werden. Die aktuell laufenden Halbtageskurse im Rahmen des Programms «Weiterbildung Gemeinden», die hier zusätzlich Unterstützung bieten, erfreuen sich einer hohen Nachfrage. Weniger erfreulich sind Fortschritte bei den

so genannten Basisdiensten, die den Gemeinden im Zuge des DVG vom Kanton zur Verfügung gestellt werden. Der Kanton Bern hat für sich unlängst eine digitale Signatur eingeführt, die nun schrittweise von den einzelnen Ämtern in Betrieb genommen werden kann. Entgegen den ursprünglichen Annahmen wird die digitale Signatur jedoch – mindestens im aktuellen Zeitpunkt – nicht gleichzeitig auch als Basisdienst für die Gemeinden zur Verfügung stehen. Mit Blick auf rasche Fortschritte im Thema «digitales Primat» auch bei den Gemeinden ist dies eine sehr ernüchternde Entwicklung. Der VBG wird hier beim Kanton im Rahmen der bestehenden Digitalisierungsgremien sein Unverständnis über dieses Vorgehen deponieren. Ganz grundsätzlich muss auch die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden im Bereich der Digitalisierung überdacht werden. Zurzeit fehlen die geeigneten Gefässe, um gemeinsam ein realistisches und koordiniertes Vorgehen festzulegen. Es ist aber unbestritten, dass die digitalen Herausforderungen nur gemeinsam sinnvoll bewältigt werden können.

## **POLIZEIGESETZ; ERFOLGREICHE ERSTE LESUNG**

---

Dank eines Änderungsantrages aus den Reihen des VBG konnten in der ersten Lesung des Polizeigesetzes für die Gemeinden zentrale Punkte in die richtige Richtung gelenkt werden. So sind insbesondere die Rahmenbedingungen für die Anordnung einer Videoüberwachung durch den Kanton nur sehr viel restriktiver formuliert und der Entscheid muss durch den Gesamtregierungsrat – und damit durch ein politisch gewähltes Organ – verantwortet werden. Noch nicht vom Tisch ist der Antrag des Regierungsrats, der Artikel 137 Absatz 3 streichen will. Diese Bestimmung war bisher die Grundlage, dass bei Veranstaltungen der finanzielle Beitrag der Gemeinden reduziert wurde, wenn die Kantonspolizei ihren Aufwand wegen Einnahmen von dritter Seite entschädigt erhielt. Glücklicherweise beantragt die vorberatende Kommission, die Bestimmung beizubehalten, was ganz im Sinne der Gemeinden wäre und vom VBG auch so verlangt wurde. Es bleibt zu hoffen, dass die errungenen Erfolge in der zweiten Lesung in der Wintersession «verteidigt» werden können. Die Ge-

setzesänderung tritt frühestens Mitte 2024 in Kraft.

## **KONTAKTGREMIUM PLANUNG – DIALOG-VERANSTALTUNGEN**

---

Am 30. und 31. Oktober 2023 fanden in Thun und Lyss erneut zwei Dialog-Veranstaltungen zu Planungsfragen statt. Sie schliessen an die Planungs-Dialoggespräche vom Herbst 2022 an und wurden wiederum von der Direktion für Inneres und Justiz und vom VBG getragen. Die Veranstaltungen widmeten sich dem Schwerpunktthema «Rechtmässigkeitsprüfung». Bei kommunalen Planungen stellt sich im Vorprüfungs- und Genehmigungsverfahren immer wieder die Frage, ob ein bestimmter Punkt die Rechtmässigkeit einer Planung betrifft oder deren Zweckmässigkeit. Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) darf grundsätzlich nur bei Verstössen gegen die Rechtmässigkeit intervenieren. Oft beklagen sich die Gemeinden jedoch darüber, dass das AGR auch bei denjenigen Themen Vorbehalte anbringt, die eigentlich die Zweckmässigkeit betreffen und damit in der Autonomie der Gemeinden stehen.



Samuel Kissling, Jurist und Raumplaner bei «Espace Suisse», versuchte in einem interessanten Input-Referat die Abgrenzung zwischen den beiden Begriffen «Rechtmässigkeit» und «Zweckmässigkeit» zu konkretisieren. Er musste konstatieren, dass diese Abgrenzung aufgrund der gesetzlichen Ausgangslage gar nicht einfach ist und dass es viele Überschneidungen gibt. Dieser Befund ist insofern etwas ernüchternd, als die erhoffte Klärung höchstens teilweise möglich war und wohl auch in Zukunft damit gelebt werden muss, dass es in der Praxis nicht immer einfach sein wird, eine klare Zuordnung zu erreichen – mit der Folge, dass wohl auch die Diskussionen nicht ganz aus der Welt zu schaffen sind, wann sich die Gemeinde im Einzelfall ihre Planungsautonomie berufen kann und wann die kantonalen Behörden zu Recht eingreifen. Spannend waren auch die Praxisberichte von Thilo Jennewein und Jeanette Beck vom Stadtplanungsamt Bern. Ihre Forderungen ans AGR: Vorbehalte in Vorprüfungen und Genehmigungen müssen eine klare, konkrete Grundlage in übergeordneten Gesetzen oder Planungen haben; wo es Spielraum gibt, soll dieser auch genutzt werden! Und: Vorprüfungs-

und Genehmigungsvorbehalte müssen klar, unzweideutig und abschliessend formuliert sein; idealerweise schlägt das AGR sogleich eine Lösung vor. Nach wie vor sind sich widersprechende Fachberichte von kantonalen Ämtern ein Problem für die Gemeinden. Hier wird eine stärkere Koordination des AGR erwartet. Schliesslich wiesen Beck und Jennewein darauf hin, dass das Verhältnis zwischen Gemeinden und AGR im Planungsbereich auch eine Kulturfrage sei: Man müsse wegkommen vom Grundsatz: Was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten. Vielmehr müsse die Devise gelten: Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt.

Die Präsentationen der Dialog-Veranstaltungen sind auf der Homepage des VBG ([begem.ch](http://begem.ch)) aufgeschaltet. Die Dialog-Veranstaltungen sollen in den Folgejahren weitergeführt werden. Der Austausch mit der Möglichkeit, Anliegen und Sorgen direkt zu deponieren, ist angesichts der Bedeutung der Planung sehr wichtig. Im Jahr 2024 soll zudem wieder eine Umfrage bei Gemeinden durchgeführt werden, um die Beurteilung der Planungsverfahren aus Sicht der Gemeinden zu ermitteln.

## **RECYCLING-ANLAGEN IN ABBAU- UND DEPONIEZONEN**

---

Das Amt für Gemeinden hat unlängst Planungsgrundsätze zum Thema «Bauschutttaufbereitung und biogene Abfälle in Abbau- und Ablagerungszonen» verabschiedet und veröffentlicht. Die Planungsgrundsätze an sich haben keine rechtliche Verbindlichkeit, sie sind auch nicht behördenverbindlich. Sie stellen einzig eine Arbeitshilfe im Umgang mit Recycling-Anlagen in Abbau- und Deponiezonen dar. Hintergrund der Erarbeitung waren verschiedene offene Rechtsfragen in der konkreten Anwendung. Das AGR hat daraufhin ein Gutachten zu den planungsrechtlichen Voraussetzungen von Recycling-Anlagen erstellen lassen. In der Praxis ist es so, dass viele (ältere) Anlagen im Kanton Bern rechtlich auf einer fragilen Grundlage stehen. Bei Neuanlagen sind deshalb zwingend von Beginn weg die erforderlichen rechtlichen Grundlagen zu schaffen, was unter Umständen auch den Erlass von entsprechenden Zonenplänen bzw. -vorschriften beinhaltet. Erste Rückmeldungen zeigen, dass die Planungsgrundsätze offenbar nicht selbsterklärend sind. Es wird deshalb

seitens des AGR geprüft, ob allenfalls Informationsveranstaltungen stattfinden sollen und ob möglicherweise die Arbeitshilfe überarbeitet werden muss, um allfällige Missverständnisse auszuräumen. Zudem zeichnen sich mit der soeben von den eidgenössischen Räten verabschiedeten Teilrevision des Raumplanungsgesetzes (RPG) gewisse Gesetzesänderungen ab, welche allenfalls auch auf die rechtliche Behandlung von Recycling-Anlagen in Abbau- und Deponiezonen haben könnten. Falls dies zutrifft, müssten die Planungsgrundsätze des AGR wahrscheinlich ohnehin angepasst werden. Der Austausch, den der kantonale Kies- und Betonverband (KSE) und der VBG mit dem AGR führen, geht weiter.

## **TEILREVISION LAV ZUR VER- BESSERUNG DER ANSTELLUNGS- BEDINGUNGEN FÜR KLASSEN- LEHRPERSONEN; AUSWIRKUNGEN AUF DIE GEMEINDEN**

---

Im Kanton Bern herrscht – wie in vielen Kantonen vor allem der Deutschschweiz – nach wie vor ein Mangel an Lehrpersonen (verschärft noch bei Lehr-

personen mit Spezialausbildungen wie Heilpädagogik, Logopädie etc.). Die Bildungs- und Kulturdirektion hat nun eine Teilrevision der Verordnung über die Anstellung der Lehrkräfte (LAV) in die Konsultation gegeben. Vorgesehen sind verschiedene Verbesserungen der Anstellungsbedingungen insbesondere bei den Klassenlehrpersonen. So sollen die Klassenlehrpersonen künftig mit 5 Beschäftigungsprozentpunkten und einer Funktionszulage von monatlich 300 Franken entschädigt werden. Weiter soll die Möglichkeit von Mentoraten, die bisher provisorisch bestand, definitiv in der Verordnung verankert werden. In einer späteren Revision sollen auch die Bedingungen für die Schulleitungen verbessert werden. Aus Sicht der Gemeinden muss in diesem Zusammenhang auch die Frage der Ausstattung der Schulsekretariate angegangen werden. Die aktuell vorliegende LAV-Revision wird auch für die Gemeinden zu Mehrkosten führen. Der Kanton rechnet für sich selber mit Mehrkosten zwischen CHF 1 bis CHF 4 Mio.

Die Mehrkosten für die Gemeinden können unterschiedlich ausfallen. Gewisse Gemeinden haben bereits heute mit der Gewährung von Entlastungslektionen

entsprechende Ausgaben in diesem Bereich budgetiert. Diese Gemeinden werden weniger von den Änderungen spüren, da die Kosten für diese Entlastungslektionen im Gegenzug wegfallen werden. Abgefedert werden die Mehrkosten zudem im Moment teilweise dadurch, dass viele Lehrkräfte nicht ordentlich ausgebildet und deshalb niedriger eingestuft sind. Im Rahmen der letztjährigen kurzfristigen Gewährung einer zweiten Entlastungslektion hat sich gezeigt, dass die Massnahmen je nach Gemeinde unter Umständen zu durchaus spürbaren Mehrkosten führen können. Die Gemeinden sind deshalb gut beraten, hier für die Budgetierung genau zu prüfen, welche Mehrkosten konkret entstehen könnten.

### **ANSTELLUNG VON LEHR- PERSONEN MIT (NOCH) UNGENÜGENDER AUSBILDUNG**

---

Aufgrund der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt ist es nach wie vor schwierig, genügend ausgebildete Lehrpersonen für die zu besetzenden Stellen zu finden. Die Gemeinden sind deshalb teilweise darauf angewiesen, so genannte

Quereinsteigende anzustellen. In diesen Fällen ist es wichtig, dass in den Anstellungsverfügungen konkrete Auflagen zur Nachqualifikation gemacht werden. Hierzu gerne folgende Hinweise im Sinne einer Hilfestellung:

- Das Gesetz über die Anstellung der Lehrkräfte (LAG) sieht in Art. 5 Abs. 2 vor, dass bei einer Lehrkraft, welche die Diplomanforderung nicht erfüllt, die Anstellung in der Regel mit der Auflage verbunden wird, das erforderliche Diplom innert angemessener Frist zu erwerben (Ausnahme sind möglich, zum Beispiel, wenn die Person kurz vor der Pensionierung steht).
- Es ist **nicht** vorgesehen, dass anstelle einer unbefristeten Anstellung mit Auflagen, eine **befristete** Anstellung vorgenommen wird.
- Die Auflagen zur Nachqualifikation können individuell ausgestaltet werden. Die BKD stellt dazu auf der *Wissensplattform* Musteranstellungsverfügungen mit möglichen Formulierungen zu Auflagen zur Verfügung.

Die Beachtung dieser wichtigen Punkte hilft den Gemeinden dabei, später unliebsame Rechtsverfahren zu vermeiden.

## EINFÜHRUNGSVERORDNUNG OECD-UNTERNEHMENS- MINDESTBESTEUERUNG

---

Die Finanzdirektion hat im August 2023 die «Einführungsverordnung zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft» in die Konsultation gegeben. Die Verordnung ist als Übergangserlass bis zur ordentlichen Anpassung des Steuergesetzes gedacht. Sie regelt im Wesentlichen die Verteilung der «Ergänzungssteuer», welche durch die Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung der Unternehmen voraussichtlich anfallen wird. Gemäss Entwurf ist vorgesehen, dass die Gemeinden 33 Prozent des Betrags erhalten, der vom Bund an den Kanton ausgeschüttet wird. Dabei werden jene Gemeinden berücksichtigt, in welchen Geschäftseinheiten von Unternehmen ansässig sind, die eine Ergänzungssteuer getragen haben. Der Kanton schätzt den möglicherweise anfallenden jährlichen Betrag der Ergänzungssteuer unverbindlich auf ca. CHF 30 Mio., wovon ein Drittel an die zu berücksichtigenden Gemeinden weitergeleitet würden. Der VBG hat sich im Rahmen der Konsultation zustimmend zur vorgesehenen Regelung geäussert.

## **ZUKUNFT DER AUSBILDUNGS- ZENTREN BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND FEUERWEHR**

---

Der Kanton Bern verfügt derzeit über verschiedene Ausbildungszentren für den Zivilschutz und die Feuerwehren. Trägerinnen dieser Zentren sind die Gemeinden (teils über Verbände, teils über Aktiengesellschaften). Viele dieser Zentren weisen aufgrund steigender technischer Anforderungen einen hohen Investitionsrückstau auf. Vor diesem Hintergrund hat die Gebäudeversicherung des Kantons Bern (GVB) ein Projekt angestossen, um die Zukunft der Feuerwehrausbildung auszuloten. Wirtschaftlich und betrieblich ideal wäre gemäss diesen Abklärungen, für den Kanton Bern noch ein einziges (neues) Ausbildungszentrum zu betreiben. Parallel dazu stellt sich die Frage nach der Zukunft der Ausbildungszentren für den Bevölkerungsschutz. Verschiedene Ausbildungszentren weisen einen hohen Investitionsbedarf aus. Zudem hat die Trägerschaft des Ausbildungszentrums Köniz beschlossen, ihr Zentrum in Schliern sehr kurzfristig zu schliessen. Sachgerecht wäre, dass die Ausbildungsinfrastruktur von Zivil-

schutz und Feuerwehr gemeinsam genutzt würde. Rein wirtschaftlich und betrieblich gibt es im Kanton Bern zurzeit zu viele Zentren, die von den Gemeinden finanziert und saniert werden müssen. Es bestehen deshalb Überlegungen, auch für den Bevölkerungsschutz die Ausbildungszentrumslandschaft zu konzentrieren, gleichzeitig aber jene Ausbildungselemente, die nicht auf eine Zentrumsinfrastruktur angewiesen sind, vermehrt in den Regionen durchzuführen.

## **TEILREVISION STRASSEN- VERORDNUNG: UMSETZUNG DES «VELOWEG-ARTIKELS» AUS DEM STRASSENGESETZ**

---

In der Juni-Grossrats-Session gelang es, «in letzter Minute» im Strassengesetz (SG) eine Bestimmung zu verankern, welche den Kanton auch dort für Velowege als zuständig und finanzierungsverantwortlich erklärt, wo diese abseits der Kantonsstrasse über Gemeinde- oder Privatstrassen geführt werden (Art. 49 Abs. 1a SG). Die Bau- und Verkehrsdirektion (BVD) hat nun einen Entwurf für die Strassenverordnung



(SV) vorgelegt, welche unter anderem auch diesen «Veloweg-Artikel» ausführt. Aufgrund der Stellungnahme des VBG hat ein Austausch zwischen dem Tiefbauamt und dem VBG stattgefunden. Dabei wurde geklärt, wie Art. 49 Abs. 1a SG zu verstehen und umzusetzen ist: Der Kanton bleibt auch dann, wenn er einen Veloweg nicht auf der Kantonsstrasse realisieren kann, sondern diesen über eine Gemeinde- oder Privatstrasse führt, für diesen Veloweg und dessen Finanzierung verantwortlich. Die Finanzierung schliesst Planung, Bau, Unterhalt, Winterdienst und Signalisation ein. Allerdings kann es im Einzelfall sinnvoll sein, dass die eigentliche Realisierung, der Bau oder der Unterhalt nicht durch den Kanton selbst, sondern durch die Gemeinde vorgenommen wird. In solchen Fällen wird der Kanton mit den betroffenen Gemeinden im Einzelfall eine Vereinbarung abschliessen und sie entsprechend entschädigen. Der VBG ist sehr erfreut, dass hier letztlich einer sinnvollen und pragmatischen Lösung im Interesse der Gemeinden zum Durchbruch verholfen werden konnte.

## **WAHLMATERIALVERSAND NATIONAL- UND STÄNDERATS- WAHLEN 2023 UND IN ZUKUNFT**

---

Der Versand des Wahlmaterialversands für die eidgenössischen Wahlen stellte die Gemeinden vor unschöne Herausforderungen. Da erst kurz vor der Wahl die nötige Klarheit über den konkreten Umfang des ausseramtlichen Wahlmaterials besteht, mussten die Gemeinden sich darauf vorbereiten, schlimmstenfalls den Versand in zwei separaten Kuverts vorzunehmen. Dies wäre mit Mehrkosten für die Gesamtheit der bernischen Gemeinden von CHF 800'000 verbunden gewesen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob im Kanton Bern in Zukunft überhaupt noch Wahlpropaganda-Material durch die Gemeinden verschickt werden soll. Der Kanton Bern ist einer der fünf letzten Schweizer Kantone, in welchen ein solcher Versand noch durch die öffentliche Hand stattfindet.

## **MITTEILUNGSPFLICHT DER KESB AN DIE WOHNSTÄTTEGEMEINDEN**

---

Gestützt auf eine Revision des Bundesrechts (nArt. 451 Abs. 2 ZGB) werden

die Mitteilungspflichten der KESB ausgeweitet. Dies betrifft unter anderem auch die Mitteilungen an die Wohnsitzgemeinden. Diese Änderungen treten per 1. Januar 2024 in Kraft. Zudem sollen mit der bereits wieder laufenden neuerlichen ZGB-Revision noch weitere Präzisierungen gemacht werden, die zu Klärung des konkreten Umfangs der Mitteilungspflicht dienen. Gemäss Absprache zwischen der Geschäftsleitung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden des Kantons Bern und dem VBG ist die Umsetzung der neuen Bestimmungen wie folgt vorgesehen: Die Wohnsitzgemeinden (Einwohnerkontrolle) erhalten künftig bei allen Neuerrichtungen eine Kopie der jeweiligen Ernennungsurkunde zugestellt. Darin enthalten sind die Angaben zur eingesetzten Beistandsperson. Neu sind der Wohnsitzgemeinde zudem nicht nur die umfassenden Beistandschaften mitzuteilen, sondern alle handlungsfähigkeitseinschränkende Massnahmen im Erwachsenenschutzrecht. Die Meldung über validierte Vorsorgeaufträge erfolgt wie bisher über die Zivilstandsämter.

## **BESCHAFFUNG VON PLANERLEISTUNGEN: INFORMATIONSANLASS**

---

Am 17. November 2023 fand eine Informationsveranstaltung zum Thema «Beschaffung von Planerleistungen» statt, bei der der VBG als Mitorganisator tätig war. Die hohe Teilnehmerzahl von rund 100 Personen zeigt, dass die Organisatoren mit dem Anlass einen Nerv bei den Gemeinden getroffen haben. Beim Apéro im Anschluss an den offiziellen Teil kam zudem auch – wie gewohnt an den Verbandsanlässen – die Pflege des persönlichen Netzwerkes nicht zu kurz.

## **VERNEHMLASSUNGEN**

---

Die Stellungnahmen der kommunalen Verbände (VBG / BGK) zu den jeweils aktuellen Themen werden stets umgehend auf der Homepage *begem.ch* publiziert.

<https://www.begem.ch/vernehmlassungen>

# Wenn es viel zu tun gibt, ist es wichtig, das Richtige zu tun. Was tun Sie?

Behalten Sie den strategischen Überblick. Schaffen Sie Orientierung und setzen Sie die richtigen Prioritäten. Sorgen Sie für effiziente Abläufe und erfolgreiche Projekte. Und lassen Sie sich von einem kompetenten Partner unterstützen.

Federas berät und begleitet Gemeinden.

- **Strategien und Leitbilder**
- **Organisationsanalysen und -entwicklung**
- **Führungsunterstützung und Personalvermittlung**
- **Prozess- und Qualitätsmanagement**
- **Leitung und Begleitung von Projekten**
- **Tagungen und Workshops**
- **Einzel-, Führungs- und Teamcoachings**

**Federas Beratung AG, [info.bern@federas.ch](mailto:info.bern@federas.ch), [www.federas.ch](http://www.federas.ch)**

Casinoplatz 2, 3011 Bern, Telefon +41 58 330 05 10

## LES PRINCIPAUX DOSSIERS EN COURS

### NUMÉRISATION DANS LE CANTON DE BERNE

---

La loi sur l'administration numérique (LAN), entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> mars 2023, introduit le principe de la primauté du numérique. Cela entraîne également pour les communes des changements dans leurs processus et de nouveaux défis. Une question prioritaire est l'introduction d'un logiciel de gestion électronique des affaires (« GEVER » pour *Geschäftsverwaltung*). Vous trouverez à ce sujet des indications importantes et des modèles dans le guide « La voie vers l'archivage électronique ». Les communes ont tout intérêt à prendre les mesures nécessaires pour gérer tout le cycle de vie de leurs documents, jusqu'à l'archivage, de manière numérique et ce, même avant d'introduire un système GEVER. Si elles utilisent déjà un programme GEVER qui ne répond pas encore à toutes ces exigences, elles devraient aussi agir dans un avenir proche. Les cours d'une demi-journée proposés actuellement dans le cadre du programme « Weiterbildung Gemeinden » offrent un soutien supplémentaire à ce sujet et sont très demandés. En revanche, les progrès sont moins réjouissants

en ce qui concerne les services dits de base que le canton doit mettre à disposition des communes en vertu de la LAN. Le canton de Berne a récemment introduit pour lui-même une signature numérique que les différents offices peuvent désormais mettre progressivement en service. Toutefois, contrairement aux suppositions initiales, la signature numérique ne sera pas – du moins à l'heure actuelle – mise en même temps à disposition des communes en tant que service de base. Dans la perspective de progrès rapides au niveau de la « primauté du numérique », y compris pour les communes, il s'agit d'une évolution très décevante. L'ACB signalera son incompréhension à ce sujet au canton dans le cadre des organes chargés des questions de numérisation. Fondamentalement, la collaboration entre le canton et les communes dans le domaine de la numérisation doit aussi être repensée. Actuellement, il n'y a pas d'instances appropriées pour définir ensemble une approche réaliste et coordonnée. Il est toutefois indéniable que les défis numériques ne pourront être relevés efficacement que de manière concertée.

## LOI SUR LA POLICE : SUCCÈS DE LA PREMIÈRE LECTURE

---

Une proposition d'amendement sortie des rangs de l'ACB lors de la première lecture a permis d'orienter dans une direction plus favorable aux communes des éléments centraux de la révision de la loi sur la police. Ainsi, les conditions qui permettront au canton d'ordonner une vidéosurveillance ont été reformulées de manière très restrictive et la décision devra être prise par le Conseil-exécutif au complet, de sorte qu'un organe élu politiquement en assume la responsabilité. En revanche, la proposition du Conseil-exécutif de biffer l'art. 137, al. 3, n'a pas été retirée. Cette disposition constituait la base pour que la contribution financière des communes soit réduite si les prestations de la Police cantonale étaient indemnisées grâce à des recettes provenant de tiers. Heureusement, la commission consultative propose de maintenir cette disposition, comme l'exige l'ACB, ce qui serait à l'avantage des communes. Il faut espérer que les succès obtenus pourront être « défendus » en deuxième lecture lors de la session d'hiver. Cette révision législative entrera en vigueur au plus tôt à l'été 2024.

## GRUPE DE CONTACT AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE – MANIFESTATIONS INVITANT AU DIALOGUE

---

Deux nouvelles séances d'information et de discussions sur les questions de planification ont eu lieu à Thoune et à Lyss les 30 et 31 octobre 2023. Elles font suite aux dialogues sur la planification de l'automne 2022 et ont une nouvelle fois été organisées par la Direction de l'intérieur et de la justice (DIJ) et par l'ACB. Ces séances avaient pour thème principal « l'examen de la légalité ». La question si un point particulier concerne la légalité d'une planification ou son opportunité se pose régulièrement lors des procédures d'examen préalable et d'approbation des planifications communales. En principe, l'Office des affaires communales et de l'aménagement du territoire (OACOT) ne peut intervenir qu'en cas de violation de la légalité. Toutefois, les communes se plaignent souvent que l'OACOT émet des réserves sur des thèmes qui concernent en fait l'opportunité et qui relèvent ainsi de l'autonomie des communes. Dans un exposé intéressant, Samuel Kissling, juriste et urbaniste chez Espace Suisse, a essayé de délimiter concrètement les deux termes de *la léga-*



*lité et de l'opportunité.* Il n'a pu que constater que cette délimitation n'est pas simple au vu du contexte légal et qu'il y a de nombreux recoupements. Ce constat est quelque peu décevant dans la mesure où la clarification espérée a été tout au plus partiellement possible et qu'il faudra sans doute continuer à vivre avec le fait qu'il ne sera pas toujours facile d'obtenir une attribution claire dans la pratique. Par conséquent, il ne sera sans doute pas possible d'éliminer complètement les discussions pour savoir quand la commune peut invoquer son autonomie en matière de planification dans un cas particulier et quand les autorités cantonales interviennent à juste titre.

Les rapports en matière de pratique de Thilo Jennewein et de Jeanette Beck de l'Office de l'urbanisme de la ville de Berne étaient également passionnants. Ils ont adressé différentes revendications à l'OACOT : D'une part, les réserves émises lors des procédures d'examen préalable et d'approbation doivent reposer sur une base claire et concrète dans les lois ou planifications supérieures ; lorsqu'il existe une marge de manœuvre, il faut l'utiliser ! D'autre part, la formulation des réserves d'examen préalable et d'approbation doit être claire, exhaustive

et sans ambiguïté ; dans l'idéal, l'OACOT doit proposer immédiatement une solution envisageable. Comme par le passé, les rapports techniques contradictoires des offices cantonaux constituent un problème pour les communes. Dès lors, Beck et Jennewein attendent que l'OACOT assure une meilleure coordination en la matière. Enfin, ils rappellent que la relation entre les communes et l'OACOT est aussi une question de culture : Il faut abandonner le principe selon lequel ce qui n'est pas expressément autorisé est interdit. Il faudrait au contraire appliquer la devise suivante : Ce qui n'est pas expressément interdit est autorisé.

Les présentations powerpoint de ces séances d'information et de discussion sont disponibles sur le site Internet de l'ACB ([begem.ch](http://begem.ch)). Les réunions invitant au dialogue doivent se poursuivre ces prochaines années. Compte tenu de l'importance de la planification, ces discussions qui permettent directement de poser des questions ou d'exprimer ses inquiétudes sont essentielles. En 2024, une enquête sera à nouveau menée auprès des communes afin de déterminer comment elles évaluent les procédures de planification de leur point de vue.

## **INSTALLATIONS DE RECYCLAGE DANS LES ZONES D'EXTRACTION ET DE DÉCHARGE**

---

L'OACOT a récemment adopté et publié des principes d'aménagement concernant le « traitement des déchets de construction et des déchets biogènes dans les zones d'extraction de matériaux et de décharge ». En soi, les principes d'aménagement ne sont pas juridiquement contraignants, pas non plus pour les autorités. Ils constituent seulement un outil de travail pour ce qui touche aux installations de recyclage dans les zones d'extraction et de décharge. L'élaboration de ce document a été motivée par plusieurs questions ouvertes en ce qui concerne l'application concrète du droit. L'OACOT a ainsi mandaté une expertise pour déterminer quelles conditions le droit de l'aménagement pose aux installations de recyclage. Dans la pratique, il s'avère que de nombreuses (anciennes) installations dans le canton de Berne reposent sur une base légale fragile. C'est pourquoi pour les nouvelles installations, il faut dès le départ créer les bases légales requises, ce qui peut nécessiter selon les circonstances d'édicter des plans ou prescriptions de zones. Les

premiers retours montrent que les principes d'aménagement ne sont apparemment pas suffisamment clairs. Dès lors, l'OACOT examine s'il doit organiser des séances d'information ou remanier cet outil de travail pour éviter toute équivoque. De plus, la révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire (LAT), qui vient d'être adoptée par les Chambres fédérales, laisse entrevoir certaines modifications légales qui pourraient éventuellement entraîner des répercussions sur le traitement juridique des installations de recyclage dans les zones d'extraction et de décharge. Si c'est le cas, l'OACOT devra probablement de toute façon adapter ces principes d'aménagement. L'ACB et l'association cantonale de l'industrie du gravier et du béton (Kies- und Betonverband, KSE) continuent de s'entretenir avec l'OACOT à ce sujet.

## **RÉVISION PARTIELLE DE L'OSE POUR AMÉLIORER LES CONDITIONS D'ENGAGEMENT DES MAÎTRES ET MAÎTRESSES DE CLASSE ; CONSÉ- QUENCES SUR LES COMMUNES**

---

Comme dans beaucoup de cantons, principalement alémaniques, le canton de Berne subit une pénurie de personnel

enseignant, tout particulièrement dans des domaines comme la pédagogie spécialisée ou la logopédie. La Direction de l'instruction publique et de la culture (INC) a lancé une procédure de consultation concernant la révision partielle de l'ordonnance sur le statut du corps enseignant (OSE). L'objectif est d'apporter différentes améliorations au niveau des conditions d'engagement des maîtres et maîtresses de classe. Ces derniers bénéficieront d'un pourcentage de poste de 5 %, assorti d'une indemnité de fonction de 300 francs par mois. La possibilité de mettre en place des mentorats, décidée à titre provisoire, sera inscrite définitivement dans l'ordonnance. Lors d'une révision ultérieure, les conditions des directions d'école devront aussi être améliorées. Du point de vue des communes, la question de l'effectif des secrétariats d'école doit aussi être abordée dans ce contexte. La révision en cours de l'OSE entraînera des coûts supplémentaires aussi pour les communes. Le canton estime que le surcoût sera de 1 à 4 millions de francs pour lui-même. Les coûts supplémentaires pour les communes pourront varier. Certaines communes ont déjà budgété des dépenses dans ce domaine en accordant des leçons

de décharge. Ces communes ressentiront moins les changements, car les coûts de ces leçons de décharge disparaîtront en contrepartie. En outre, les coûts supplémentaires sont pour l'instant partiellement atténués par le fait que de nombreux enseignants et enseignantes ne sont pas dûment formés et sont donc moins bien classés. Dans le cadre de l'octroi à court terme d'une deuxième leçon de décharge l'année dernière, il s'est avéré que les mesures peuvent, selon les communes, entraîner des coûts supplémentaires tout à fait sensibles. Les communes seraient donc bien avisées d'examiner précisément, lors de l'établissement de leur budget, quels pourraient être concrètement les coûts supplémentaires.

### **ENGAGEMENT D'ENSEIGNANTS AVEC UNE FORMATION (ENCORE) INSUFFISANTE**

---

En raison de la situation tendue sur le marché du travail, il est toujours aussi difficile de trouver suffisamment d'enseignantes et d'enseignants formés pour les postes à pourvoir. C'est pourquoi les communes doivent parfois faire

appel à des personnes qui changent de métier. Dans ce cas, il est important de fixer dans le contrat d'engagement des exigences concrètes en matière de qualification complémentaire.

Voici quelques conseils pour vous y aider :

- L'art. 5, al. 2, de la loi sur le statut du corps enseignant (LSE) prévoit que si l'enseignant ou l'enseignante engagée ne satisfait pas aux exigences fixées en matière de diplôme, l'engagement est en règle générale assorti de la condition que le diplôme requis soit obtenu dans un délai raisonnable (des exceptions sont possibles, par exemple pour une personne proche de la retraite).
- Il n'est **pas** prévu d'opter pour un engagement **de durée déterminée** plutôt que pour un engagement de durée indéterminée assorti de conditions.
- Les conditions relatives à la qualification complémentaire sont personnalisables. Dans ce but, l'INC met des modèles de décision d'engagement avec des propositions de formulation concernant les conditions sur la *plate-forme de connaissances*.

Le respect de ces points importants permettra aux communes d'éviter des procédures juridiques désagréables par la suite.

## ORDONNANCE D'INTRODUCTION DE L'IMPOSITION MINIMALE SELON L'OCDE

---

En août 2023, la Direction des finances a mis en consultation l'ordonnance portant introduction de l'imposition de l'économie numérique. Cette ordonnance doit servir d'acte transitoire jusqu'à la révision de la loi sur les impôts. Elle réglemente pour l'essentiel la répartition de l'impôt complémentaire qui sera probablement généré par la mise en œuvre de l'imposition minimale des entreprises selon l'OCDE. Le projet prévoit que les communes perçoivent 33 % du montant que la Confédération versera au canton. Pour ce faire, ce dernier prendra en considération les communes dans lesquelles sont établies des entités constitutives d'entreprises qui auront payé un impôt complémentaire. Il estime à titre indicatif le montant de l'impôt complémentaire qu'il pourrait recevoir chaque année à 30 millions de

francs, dont un tiers serait redistribué aux communes à prendre en considération. L'ACB s'est exprimé en faveur de cette réglementation dans le cadre de la consultation.

### **AVENIR DES CENTRES DE FORMATION DANS LE DOMAINE DE LA PROTECTION DE LA POPULATION ET DES SAPEURS-POMPIERS**

---

Actuellement, le canton de Berne dispose de différents centres de formation pour la protection civile et les sapeurs-pompiers, dont la responsabilité incombe aux communes (en partie via des syndicats et en partie via des sociétés anonymes). Vu les exigences techniques en hausse, nombre de ces centres présentent un important retard en matière d'investissements. Dès lors, l'Assurance immobilière du canton de Berne (GVB) a lancé un projet pour réfléchir à l'avenir de la formation des sapeurs-pompiers. Selon ses clarifications, l'idéal du point de vue économique et opérationnel serait de ne gérer plus qu'un seul (nouveau) centre de formation pour tout le canton de Berne. La question de l'avenir des centres de formation dans le domaine de la

protection de la population se pose aussi en parallèle. Dans certains centres, les investissements à effectuer sont aussi considérables. En outre, l'entité responsable du centre de formation de Köniz a décidé de fermer son centre de Schliern à très court terme. Il serait approprié que l'infrastructure de formation de la protection civile et des pompiers soit utilisée en commun. D'un point de vue purement économique et opérationnel, il y a actuellement trop de centres dans le canton de Berne que les communes doivent financer et rénover. C'est pourquoi il faut mener des réflexions pour concentrer aussi les centres de formation de la protection de la population, mais en parallèle pour organiser davantage dans les régions les éléments de la formation pour lesquels les infrastructures des centres ne sont pas nécessaires.

### **RÉVISION PARTIELLE DE L'ORDONNANCE SUR LES ROUTES : MISE EN ŒUVRE DE L'ARTICLE SUR LES VOIES CYCLABLES DE LA LOI SUR LES ROUTES**

---

Lors de la session de juin du Grand Conseil, il a été possible à la dernière

minute d'ancrer dans la loi sur les routes (LR) une disposition prévoyant que le canton assume aussi le coûts des voies cyclables si celles-ci doivent passer en dehors des routes cantonales sur des routes communales ou privées (art. 49, al. 1a, LR). La Direction des travaux publics et des transports (DTT) a présenté un projet d'ordonnance sur les routes (OR) qui exécute notamment aussi cet article sur les voies cyclables. Suite à sa prise de position, l'ACB a eu un entretien avec l'Office des ponts et chaussées, afin de clarifier la façon de comprendre et de mettre en œuvre l'art. 49, al. 1a, LR : s'il ne peut pas réaliser une voie cyclable sur la route cantonale, mais doit la faire passer par une route communale ou privée, le canton reste responsable de cette voie cyclable et de son financement. Le financement inclut la planification, la construction, l'entretien, le service hivernal et la signalisation. Toutefois, il peut s'avérer judicieux dans des cas particuliers que la réalisation à proprement parler, la construction ou l'entretien ne soient pas effectués par le canton lui-même, mais par la commune. Dans un tel cas, le canton conclura une convention avec la commune concernée, afin de l'indemniser en conséquence.

L'ACB est très content qu'une solution pragmatique et sensée ait finalement pu passer dans l'intérêt des communes.

### **ENVOI DU MATÉRIEL DE VOTE POUR LES ÉLECTIONS 2023 DU CONSEIL NATIONAL ET DU CONSEIL DES ÉTATS**

---

L'envoi du matériel de vote pour les élections fédérales a posé des difficultés déplorables aux communes. Comme ce n'est que peu de temps avant les élections que l'on sait le volume concret du matériel électoral non officiel, les communes ont dû se préparer, dans le pire des cas, à l'envoyer dans deux enveloppes séparées. Cela aurait occasionné des coûts supplémentaires de 800 000 francs pour l'ensemble des communes bernoises. Dans ce contexte, on peut se demander si c'est vraiment encore aux communes d'envoyer le matériel de propagande électoral. Berne est l'un des cinq derniers cantons suisses dans lesquels un tel envoi est encore effectué par les pouvoirs publics.

## **OBLIGATION DES APEA D'INFORMER LES COMMUNES DE DOMICILE**

---

À la suite d'une révision du droit fédéral (nouvel art. 451, al. 2, CC), l'obligation d'informer à laquelle sont soumises les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte (APEA) est élargie. Cela concerne notamment la commune de domicile. Ces modifications entreront en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2024. En outre, avec la nouvelle révision du CC en cours, d'autres précisions devront encore être apportées pour clarifier la teneur concrète de cette obligation d'informer. Selon l'entretien que l'ACB a eu avec le directoire des APEA du canton de Berne, la mise en œuvre est prévue comme suit : les communes de domicile (contrôle des habitants) recevront à l'avenir une copie de l'acte de nomination de toute nouvelle curatelle qui contient le nom de la curatrice ou du curateur. Les APEA ne devront donc pas seulement communiquer aux communes de domicile les curatelles de portée générale, mais aussi toutes les mesures de protection de l'adulte limitant la capacité d'action d'une personne. L'annonce concernant les mandats validés pour cause d'inapti-

tude passe par les offices d'état civil, comme jusqu'à présent.

## **SÉANCE D'INFORMATION SUR L'ACQUISITION DE PRESTATIONS DE MANDATAIRE**

---

L'ACB a participé à l'organisation d'une séance d'information portant sur l'acquisition de prestations de mandataire, qui a eu lieu le 17 novembre 2023. Le nombre de personnes présentes – près de 100 – indique que les organisateurs ont touché juste avec le thème choisi. Durant l'apéritif qui a clôturé la partie officielle, le réseautage personnel n'a pas été négligé, comme c'est souvent le cas lors des manifestations organisées par l'association.

## **CONSULTATIONS**

---

Les prises de position des associations communales (ACB / CCB) sur les thèmes d'actualité concernés sont toujours publiées immédiatement sur la page d'accueil du site web [begem.ch](https://www.begem.ch) sous : <https://www.begem.ch/vernehmlassungen>.

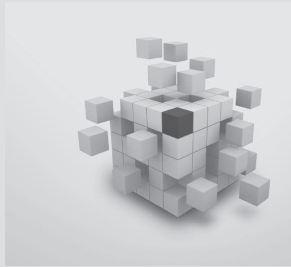


**40**  
JAHRE  
1983-2023

## Verwaltungsorganisation von A bis Z

Seit 1983 unsere Profession

**Verwaltungs-  
organisation, die  
Massstäbe setzt  
und echte Mehrwerte  
schafft!**



Abplanalp-Ramsauer AG  
Verwaltungsorganisation  
Langnaustrasse 15  
3533 Bowil

+41 31 710 10 55  
info@abplanalp.ch  
www.abplanalp.ch  
www.archiv.ch



**Gemeindearchive**

**Archivorganisation**

**Ordnungssysteme**

**Digitale Geschäftsverwaltung GEVER**

**ARCHIVDATEN.CH**

archivdaten.ch GmbH  
Schulhausstrasse 18  
3086 Zimmerwald

info@archivdaten.ch  
www.archivdaten.ch  
Tel. 031 819 05 05



# NATURGEFAHREN DEN WIND AUS DEN SEGELN NEHMEN

Wenn die Natur zuschlägt, können grosse Schäden an Gebäuden entstehen. Die Fachstelle Naturgefahren der Gebäudeversicherung Bern (GVB) steht betroffenen Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümern präventiv und im Schadenfall zur Seite.

Tatsache ist: Naturgefahren und Wetterextreme nehmen zu. Hagel, Wind, Wasser, Steinschlag, Bergsturz, Erdbeben und Lawinen können grosse Schäden an Gebäuden hinterlassen. Doch wo finden betroffene Gebäudeeigentümerinnen und Gebäudeeigentümer Hilfe? Bei der Fachstelle Naturgefahren der Gebäudeversicherung Bern. Die Fachstelle informiert und setzt auf konkrete Hilfe am einzelnen Objekt – präventiv und im Schadenfall. Dabei beraten die Fachexpertinnen und Fachexperten Betroffene kostenlos.

## FINANZIELL UNTERSTÜTZT

---

Für Eigentümerinnen und Eigentümer lohnt es sich, Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren an ihrem Gebäude zu planen und umzusetzen. Denn die GVB unterstützt sie dabei finanziell. Beim

Planen des Gebäudeschutzes beträgt der Beitrag 80 Prozent der Honorarkosten und maximal 10'000 Franken. Beim Realisieren der Schutzmassnahme beträgt der Beitrag 80 Prozent der Massnahmenkosten bis zum Betrag von 10'000 Franken pro geschütztes Gebäude. Höhere Beiträge sind in Ausnahmefällen möglich. Für die Fachplanungen akzeptiert die GVB nur anerkannte Planerinnen und Planer. Eine Übersicht der Kontakte ist auf der Website der Fachstelle Naturgefahren publiziert.

## WICHTIGE VORAUSSETZUNGEN

---

Damit die Eigentümerinnen und Eigentümer von den Beitragsleistungen profitieren können, müssen die Schutzmassnahmen gewisse Bedingungen erfüllen. Die wichtigsten Punkte sind:

- Die GVB unterstützt die Schutzmassnahmen nur, wenn sie wirtschaftlich sind.
- Die Schutzmassnahmen müssen auf Freiwilligkeit beruhen. Sind die Eigentümerinnen und Eigentümer gesetzlich verpflichtet (z.B. aufgrund von Auflagen im Rahmen eines Baube-



*Das Team der Fachstelle Naturgefahren der GVB von links nach rechts:  
Pierre Vanomsen, Hannes Suter, Bruno Zmoos, Michael Sigel*

willigungsverfahrens), Schutzmassnahmen zu planen und zu realisieren, wird die finanzielle Unterstützung durch die GVB hinfällig.

- Beim Planen und Realisieren der Schutzmassnahmen müssen die SIA-Baunormen zwingend eingehalten werden.

### **SCHUTZMASSNAMEN PLANEN UND UMSETZEN – WIE VORGEHEN?**

---

Wer am Gebäude Schutzmassnahmen plant und diese umsetzen will, kontaktiert am besten die Fachstelle Naturgefahren über [www.fachstelle-naturgefahren.ch](http://www.fachstelle-naturgefahren.ch).

Dazu vereinbaren Interessierte auf der Website einen Beratungstermin. Das Team ist auch per E-Mail und telefonisch erreichbar. Alternativ können Interessierte selbst eine Fachplanerin oder einen Fachplaner aufsuchen und offerieren lassen.

### **HAGELSCHUTZ – EINFACH AUTOMATISCH**

---

Tatsache ist: bei Hagel werden heruntergelassene Storen stark in Mitleidenschaft gezogen. Dagegen vorzugehen ist denkbar simpel: mit dem System «Hagelschutz – einfach automatisch».

So funktioniert es: Das System prüft online die Hagelgefährdung. Geht eine Hagelwarnung für den Gebäudestandort ein, zieht es die Storen automatisch hoch und führt sie nach dem Unwetter wieder an die ursprüngliche Position zurück. Alles, was Interessierte brauchen, ist eine zentrale Storensteuerung. Den Rest übernimmt die dafür entwickelte Signalbox, die Kosten für den

Einbau und die Programmierung übernimmt die GVB zu 100 Prozent. Melden Sie sich doch unter [www.fachstelle-naturgefahren.ch](http://www.fachstelle-naturgefahren.ch) mit dem Formular zum Hagelschutz – einfach automatisch!

### **SCHUTZ VOR NATURGEFAHREN**

---

Von Hagel über Oberflächenabfluss bis hin zu Sturm, Lawine und vieles mehr. Auf der Website «Schutz vor Naturgefahren» können sich Eigentümerinnen und Eigentümer, allgemein Interessierte sowie Fachleute wie Architektinnen und Architekten, Planerinnen und Planer oder Ingenieurinnen und Ingenieure über die Gefährdung an einem Standort informieren.

[www.schutz-vor-naturgefahren.ch](http://www.schutz-vor-naturgefahren.ch)

Gebäudeversicherung Bern  
Fachstelle Naturgefahren  
Papiermühlestrasse 130  
3063 Ittigen  
0800 666 999 (24/7 und kostenlos)  
[naturgefahren@gvb.ch](mailto:naturgefahren@gvb.ch)  
[www.fachstelle-naturgefahren.ch](http://www.fachstelle-naturgefahren.ch)

## PARER AUX DOMMAGES NATURELS

Quand la nature se déchaîne, elle est capable d'endommager gravement les bâtiments. Le Service spécialisé dangers naturels de l'Assurance immobilière Berne (AIB) assiste les propriétaires concernés de manière préventive et en cas de dommage.

On ne peut nier le fait que les dangers naturels et les conditions météorologi-

ques extrêmes prennent de l'ampleur. La grêle, le vent, l'eau, les chutes de pierres, les éboulements, les glissements de terrain et les avalanches peuvent sérieusement endommager les bâtiments. Mais où les propriétaires touchés par ces sinistres peuvent-ils donc trouver de l'aide ? Auprès du Service spécialisé dangers naturels de l'Assurance immobilière Berne. Ce dernier mise sur l'information



*L'équipe du Service spécialisé dangers naturels de l'AIB de gauche à droite : Pierre Vanomsen, Hannes Suter, Bruno Zmoos, Michael Sigel*

et l'aide concrète pour les biens immobiliers individuels, de manière préventive et en cas de dommage. Les expertes et experts qui le constituent conseillent les personnes concernées gratuitement.

### **AIDE FINANCIÈRE**

---

Les propriétaires ont tout à gagner à planifier et mettre en place des mesures de protection contre les dangers naturels pour leur bâtiment, car ils bénéficient du soutien financier de l'AIB. Pour la planification de la protection des bâtiments, la contribution s'élève à 80 % des frais d'honoraires, jusqu'à concurrence de 10'000 francs. Lors de l'application de la mesure de protection, la contribution s'élève à 80 % des coûts de la mesure, jusqu'à concurrence de 10'000 francs par bâtiment protégé. Des subventions plus élevées sont possibles à titre exceptionnel. Dans le cas de planifications spécialisées, l'AIB n'accepte que des planificatrices et planificateurs agréés. Une liste des contacts correspondants est publiée sur le site internet du Service spécialisé dangers naturels.

### **CONDITIONS ESSENTIELLES À REMPLIR**

---

Pour que les propriétaires puissent bénéficier des contributions financières, les mesures de protection doivent satisfaire à certaines conditions. Les critères principaux sont les suivants :

- L'AIB ne soutient les mesures de protection que si elles sont rentables.
- Les mesures de protection doivent être prises à titre volontaire. Si les propriétaires sont tenus par la loi de planifier et de mettre en place des mesures de protection (p. ex. pour répondre à des exigences dans le cadre de la procédure d'octroi du permis de construire), aucun soutien financier ne sera accordé par l'AIB.
- Les mesures de protection doivent impérativement être planifiées et réalisées en conformité avec les normes de construction SIA.

### **PLANIFIER ET METTRE EN PLACE DES MESURES DE PROTECTION : COMMENT PROCÉDER ?**

---

Quiconque planifie des mesures de protection pour un bâtiment et souhaite les

mettre en œuvre contactera dans l'idéal le Service spécialisé dangers naturels en passant par [www.fachstelle-naturgefahren.ch](http://www.fachstelle-naturgefahren.ch). Les personnes intéressées prendront ainsi rendez-vous à titre consultatif via le site internet. L'équipe est aussi joignable par e-mail et par téléphone. Les personnes intéressées peuvent également contacter elles-mêmes une planificatrice ou un planificateur et demander un devis.

### **PROTECTION GRÊLE – TOUT SIMPLEMENT AUTOMATIQUE**

---

La grêle endommage fortement les stores baissés, c'est un fait. Toutefois, remédier à ce problème est chose aisée grâce au système « Protection grêle – tout simplement automatique ».

Le principe est simple : le système évalue le risque de grêle en ligne. En cas d'avis de grêle pour l'emplacement du bâtiment, il remonte automatiquement les stores, qu'il remettra en position initiale une fois l'intempérie passée. Tout ce qu'il faut pour cela, c'est un dispositif central de commande des stores. Le boîtier de signal spécialement conçu

se charge du reste, et l'AIB couvre à 100 % les frais d'installation et de programmation. Pour en bénéficier, inscrivez-vous sur [www.fachstelle-naturgefahren.ch](http://www.fachstelle-naturgefahren.ch) en remplissant le formulaire de « Protection grêle – tout simplement automatique » !

### **PROTECTION CONTRE LES DANGERS NATURELS**

---

La grêle, le ruissellement de surface, les tempêtes, les avalanches et autres dangers sont abordés sur le site internet « Protection contre les dangers naturels », où les propriétaires, les personnes intéressées ainsi que les spécialistes tels que les architectes, les planificatrices et planificateurs ou les ingénieurs·e·s peuvent s'informer sur le risque inhérent à chaque emplacement.

[www.protection-dangers-naturels.ch](http://www.protection-dangers-naturels.ch)

Assurance immobilière Berne  
Service spécialisé dangers naturels  
Papiermühlestrasse 130  
3063 Ittigen  
0800 666 999 (numéro gratuit, atteignable 24/7)  
[dangers-naturels@gvb.ch](mailto:dangers-naturels@gvb.ch)  
[www.fachstelle-naturgefahren.ch](http://www.fachstelle-naturgefahren.ch)

## bwd Weiterbildung Bern – heute für morgen!

Die Dienstleistungen der bwd Weiterbildung umfassen das Ausbildungsmanagement von branchenspezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten bis hin zur Prüfungsdurchführung, die betriebsindividuelle Schulungen für Mitarbeitende und Kaderangehörige sowie die Führung von Geschäfts- und Fachstellen für Berufsverbände und Bildungspartner.

### Gemeinde- und Verwaltungspersonal

- Fachausweislehrgang Gemeindefachfrau/-mann
- Führungsausbildung für Gemeindegader, Teil Diplomehrgang
- Diplomehrgang Bauverwalter/-in
- Diplomehrgang Finanzverwalter/-in
- Diplomehrgang Gemeindegeschreiber/-in
- Lehrgang Sachbearbeiter/-in Baubewilligungsverfahren
- Lehrgang für Mitarbeitende von Kirchgemeindegemeinschafsekretariaten
- Lehrgang für Mitarbeitende der Schuladministration
- Kurs Planungs-, Bau- und Umweltrecht
- Refresher Bernische Bauverwalter/-innen
- Fachspezifische Seminare und Tageskurse

### Notariats- und Advokaturangestellte

- Einführungslehrgang in die Notariatsbranche
- Fachausweislehrgang für Notariatsangestellte
- Fachspezifische Weiterbildungskurse

### Berufsbildner/-innen

- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen
- Ausbildungskurs für Berufsbildner/-innen ICT
- Fachspezifische Halbtageskurse

### Zivilstandswesen

- Zertifikatsausbildung für Zivilstandsangestellte
- Eidg. Berufsprüfung Zivilstandsbeamtin FA/Zivilstandsbeamter FA

### Spezifische Seminare

- Grundkurs Digital Pionier

### Projektausbildungen im Auftrag

**Sind Sie an einer anerkannten Weiterbildung interessiert?**  
Details und Information finden Sie unter [www.bwdbern.ch](http://www.bwdbern.ch)

## 18. Politforum Thun 8./9. März 2024

### «GOUVERNER C'EST PRÉVOIR»

Die Kunst der vorausblickenden Gemeindeführung

Megatrends sind in aller Munde! Doch wie brechen wir diese auf verlässliche Voraussagen für unser Planen und Handeln herunter?

Die Glaskugel wollen wir am 18. Politforum Thun nicht bemühen. Unser Interesse gilt an den beiden Forumstagen viel mehr verlässlichen Instrumenten, forschungsgestützten Erkenntnissen und handfesten Erfahrungen zu den sich abzeichnenden Veränderungen der Zukunft.

Eingebettet wird das «Vorausblicken» in die bekannten Erfolgsfaktoren des Politforums Thun: der Gelegenheit zum Austausch, dem Humor und dem einen oder anderen Blick über die Grenzen des Themas hinaus.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sichern Sie sich jetzt Ihr Ticket für das 18. Politforum Thun.

[www.politforumthun.ch](http://www.politforumthun.ch) oder scannen Sie einfach den QR-Code



## Facility Management Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen meistern

Der Unterhalt von kommunalen Liegenschaften ist eine anspruchsvolle Aufgabe – davon können Sie bestimmt ein Lied singen. Als schweizweit tätige, neutrale und unabhängige Beratungsfirma sind wir seit über 25 Jahren im Einsatz für Kantone, Gemeinden, Städte, Wirtschaftsunternehmen und Organisationen. Unsere Auftraggeber holen sich mit uns Profis an ihre Seite, um Optimierungen oder Reorganisationen erfolgreich umzusetzen. Ob als Gesamtprojekt oder als Teilaufgabe: Wir entlasten Sie in allen Bereichen rund um das Thema Facility Management und begleiten Sie wie viele unserer geschätzten Kunden über viele Jahre.

### Entlastung

- Hausmeisterbetriebskonzepte
- Werkhofbetriebskonzepte
- Kommunalbetriebskonzepte
- Teil-Ausschreibungen

### Grünraum

- Grünflächenmanagement
- Grünflächenbewirtschaftung
- Ausschreibungen

### Datenaufnahmen

- Reinigungsmanagement
- Flächen und Arbeiten
- Ausschreibungen



*Wir erstellen eine IST-Aufnahme, welche als Basis für die Weiterentwicklung Ihres Betriebes dienen soll. Durch unsere fundierten Erfahrung erarbeiten wir gemeinsam mit Ihnen, wirtschaftlich begründete faire und umweltfreundliche Unterhaltskonzepte, welche sowohl die Aspekte der Eigenleistungen als auch der Fremdleistungen berücksichtigen.*

*Als Ihr kompetenter Partner helfen wir Ihnen, eine optimale, nachhaltige Grünraumbewirtschaftung zu finden. Dabei beachten wir alle wichtigen Parameter und Besonderheiten. Wir berechnen für Sie auch den Unterhalt nach der Erstellung der Werks.*

*Wir erarbeiten für Sie die speziellen Techniken und Arbeitsmethoden, wählen das optimale Reinigungsverfahren, suchen den passenden Spezialisten mit der leistungsfähigsten Ausführungstechnik. Wir begleiten Sie in allen Vorhaben über die Ganze Vertragsdauer.*

**cleangreen**  
CONSULTING

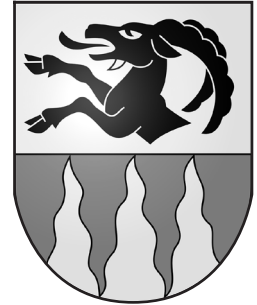


# PORTRÄT DER GEMEINDE LAUTERBRUNNEN

## LAUTERBRUNNEN, EINE GEMEINDE MIT 6 ORTSCHAFTEN IM ZENTRUM DER ALPEN

Die Namensgebung wird auf die vielen lautereren Wasserfälle (Brunnen) zurückgeführt. Mit einer Fläche von 164.5 km<sup>2</sup> gehört die Gemeinde Lauterbrunnen zu den grössten Gemeinden im Kanton Bern. In den Dörfern Isenfluh, Lauterbrunnen, Stechelberg und den drei autoarmen Orten Gimmelwald, Mürren und Wengen leben rund 2'700 Einwohner.

Lauterbrunnen ist eine typische Gebirgsgemeinde mit vielen Schönheiten und Attraktivitäten. Das Jungfrauoch (Top of Europe) ist die höchste Bahnstation Europas, das Schilthorn mit dem Gipfelrestaurant Piz Gloria, die einzigartigen Staubbach- und Trümmelbachfälle, das weltbekannte Dreigestirn, Eiger, Mönch und Jungfrau und das hintere Lauterbrunnental (Unesco Welterbe) mit seinen vergletscherten Hochalpengipfeln sind Garanten für diese Einzigartigkeit. Das Lauterbrunnental wird ausserdem im Rahmen von jährlich wiederkehrenden sportlichen Anlässen wie den Internationalen Lauberhornrennen, dem Infernoennen, dem Jungfrau-Marathon oder



durch den Inferno-Triathlon international präsentiert.

Das U-förmige Tal wird seit jeher von Touristen aus der ganzen Welt besucht und geschätzt. Dies hat dazu geführt, dass die Talschaft seit über hundert Jahren auf den Tourismus ausgerichtet und auch von diesem abhängig ist. Seitdem Bilder und Stories auf den sozialen Medien veröffentlicht werden, wird Lauterbrunnen während dem ganzen Jahr von unzähligen Touristen besucht. Dies hat zur Folge, dass die Infrastruktur plötzlich nicht mehr genügt, um dem rasch wachsenden Besucheransturm gerecht zu werden.

## DIE GEMEINDE LAUTERBRUNNEN IN ZAHLEN

Ort	Fläche (km <sup>2</sup> )	Höhe (m ü. M.)	Einwohner
Gimmelwald	30.40	1'394	103
Isenfluh	24.00	1'091	76
Lauterbrunnen	12.30	795	843
Mürren	10.50	1'650	418
Stechelberg	50.90	910	200
Wengen	36.40	1'250	1041
<b>Total</b>	<b>164.50</b>		<b>2681</b>
– Höchster Punkt, Jungfrau		4'158 m ü. M.	
– Tiefster Punkt, Sandweidli		728 m ü. M.	
– Länge der Strassen		40 km	
– Länge der Wanderwege		230 km	
– Länge der öffentl. und privaten Abwasserleitungen		139 km	
– Steuerfuss		1.84	
– Gemeindeeigene Wasserversorgung		1	
– Wasserversorgungsgenossenschaften		4	

## DIE ORGANISATION

Der Ort Lauterbrunnen ist das Zentrum der Gemeinde. Zentral gelegen befindet sich die Gemeindeverwaltung im ehemaligen Hotel «Adler», erbaut im Jahr 1894. Das Gebäude wurde 1958 von der Gemeinde erworben und im Jahr 2010 für 6.5 Mio. Franken aufwändig saniert. Auf drei Etagen sind moderne Arbeits-

plätze für rund 20 Mitarbeitende und die nötige Infrastruktur (Archiv, IT, Lager, Sitzungszimmer, Cafeteria etc.) vorhanden. In den obersten zwei Etagen befinden sich 6 Mietwohnungen.

Die Zusammensetzung des Gemeinderates und der Kommissionen mit Entscheidungsbefugnis ist im Organisationsreglement festgelegt. Jeder der sechs Orte hat Anrecht auf einen Sitz. Im

Gemeinderat haben Wengen und Lauterbrunnen, wegen ihrer Grösse, Anrecht auf 2 Sitze. Das Gemeindepräsidium wird von einer Person aus der ganzen Gemeinde bekleidet. Der Gemeinderat trifft sich alle drei Wochen zu einer ordentlichen Sitzung.

Wengen, Mürren und Gimmelwald verfügen über keinen Strassenanschluss. Daher müssen drei vollständig ausgestattete Wegmeistergruppen und Feuerwehren unterhalten werden. Aber auch

andere Infrastrukturen müssen in mehrfacher Form bereitgestellt und unterhalten werden. Diese Situation verursacht Kosten, welche das Budget mit rund 23 Mio. Franken (Gesamthaushalt) entsprechend belastet.

Diese aussergewöhnliche Topografie und Vielfalt der Gemeinde Lauterbrunnen ist unbestritten speziell, wenn nicht sogar einzigartig. Sie hat viele Vorteile, macht aber das Leben in der Gemeinde nicht immer einfach und



stellt die Bevölkerung, aber auch die Behörden oftmals vor grosse Herausforderungen.

## LAUTERBRUNNEN UND DIE NATURGEFAHREN

---

Die Gemeinde Lauterbrunnen befindet sich im hochalpinen Raum und ist daher von den Naturgefahren direkt betroffen. Im Sommer sind dies primär die Überschwemmungsgefahren im Talboden. Die weisse Lütschine wird von unzähligen Seitenbächen gespiesen, welche nach einem Gewitter innert kürzester Zeit zu reissenden Bächen ansteigen können. Nebst dem Wasser, welches über die Ufer tritt, können auch Murgänge im steilen Gebiet ausgelöst werden. Steinschlag ist in den hochalpinen Gebieten eine allzeit bekannte Gefahr, welche es zu berücksichtigen gilt. Mit dem Rückgang des Permafrostes steigt die Steinschlaggefahr stetig und gefährdet damit die vielen Wander- und Bergwege. Im Winter ist es die Lawinengefahr, welche die Naturgefahren des Sommers ablösen. In der Vergangenheit wurden die unter den steilen Hängen liegenden Dörfer oftmals von Lawinen



getroffen und es sind Schäden an Menschen, Haus und Tier entstanden. Dank grosszügigen Subventionen konnten diese Hänge über den Ortschaften aufwändig verbaut werden und das Leben in den betroffenen Dörfern ist im Winter sicher geworden. Die Lawinenverbauungen müssen aber unterhalten werden, was entsprechende Kosten verursacht. Die synoptische Gefahrenkarte

der Gemeinde Lauterbrunnen zeigt ein «farbenfrohes» Bild, respektive es muss erkannt werden, dass es nur wenige Flächen gibt, die nicht gefährdet sind. Dank den Massnahmen, welche über die vielen Jahre realisiert wurden, dürfen wir, aber auch unsere Gäste, uns in der Talschaft sicher fühlen.

## **DIE TOURISTISCHE SITUATION**

---

Die Gemeinde Lauterbrunnen ist durch den Tourismus geprägt. Dank der grossartigen Landschaft besuchen jedes Jahr

zigtausend Gäste unser Tal. So wurden beispielsweise im vergangenen Jahr insgesamt rund 800'000 Logiernächte verzeichnet. Entsprechend geht es den Bahnen und den touristischen Betrieben wirtschaftlich gut. Die vorhandene Infrastruktur vermag diesem Ansturm teilweise nicht mehr zu genügen und müsste ausgebaut werden. Hinzu kommt, dass im Talboden die Tagestouristen sprunghaft zugenommen haben und den Ort überschwemmen. Dies führt auf der engen Dorfstrasse regelmässig zu einem Verkehrschaos und zu überfüllten Parkplätzen.







## **DIE WOHSITUATION**

---

Die Gemeinde Lauterbrunnen, mit einem Zweitwohnungsanteil von rund 65 Prozent, unterliegt der Zweitwohnungsgesetzgebung. Die grosse Nachfrage nach Übernachtungsmöglichkeiten hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass vermehrt Wohnungen, die aktuell nicht für den Eigenbedarf genutzt wur-

den, zur kurzfristigen Vermietung angeboten werden. Diese Wohnungen stehen nun nicht mehr als Wohnraum für ansässige Personen zur Verfügung. Dazu kommt, dass auf Grund des Zweitwohnungsgesetzes der Bau neuer Zweitwohnungen in der Gemeinde Lauterbrunnen verboten ist. Die Umwandlung von altrechtlichen (Erst-) Wohnungen in Zweitwohnungen ist jedoch nicht

beschränkt. Dies hat zur Folge, dass altrechtliche Wohnungen als Zweitwohnungen zu hohen Preisen verkauft werden und so dem Wohnungsmarkt für Einheimische dauerhaft entzogen werden. In allen Orten der Gemeinde fehlt es daher an preiswertem Mietwohnraum für ansässige Familien und Einzelpersonen. Für Zuziehende und Ange-

stellte im Dienstleistungssektor sind die Mietpreise in den touristischen Hotspots häufig unerschwinglich.

Aus diesem Grund hat der Gemeinderat alle Liegenschaftsbesitzer/innen gebeten, verfügbaren Wohnraum zur Miete für ansässige Familien oder Einzelpersonen zur Verfügung zu stellen.



Seit 20 Jahren unterstützen wir Städte und Gemeinden und Burgergemeinden, Kirchgemeinden, Gemeindeverbände und weitere Körperschaftsarten in Finanzen und Organisation.

Gerne sind wir auch für Sie da!



**Heinz Berger**  
Geschäftsführer  
Gründer und  
Mitinhaber



**Markus Stoll**  
Stellvertretender  
Geschäftsführer  
Mitinhaber



**Martin Frey**  
Mitglied  
Geschäftsleitung  
Mitinhaber



**Jacqueline Rupf**  
Mitglied  
Geschäftsleitung  
Mitinhaberin



**Jeannine Widmer**  
Mitglied  
Geschäftsleitung  
Mitinhaberin



Finances Publiques AG für Finanzen und Organisation  
Langnaustrasse 15, 3533 Bowil  
Tel. 031 711 03 04, [info@fpag.ch](mailto:info@fpag.ch), [www.fpag.ch](http://www.fpag.ch)

# INTERVIEW MIT GEMEINDEPRÄSIDENT KARL NÄPFLIN



*Mit welchen drei Adjektiven würden Sie einer ausserstehenden Person Ihre Gemeinde beschreiben?*

Schön, kompliziert und erhaben.

*Welches ist Ihr ganz persönlicher Lieblingsort in Lauterbrunnen?*

Männlichen – Top.

*Gibt es ein Projekt, das Ihnen als Gemeindepresident speziell am Herzen liegt?*

Ja, die Touristenströme / -massen in Lauterbrunnen zu lenken.

*War Ihre Gemeinde schon direkt vom Fachkräftemangel betroffen?*

Ja, immer wieder und im Moment sehr aktuell.

*Was an Ihrem politischen Amt macht Ihnen am meisten Freude, was empfinden Sie eher als Last?*

Freude bereitet mir der Kontakt mit der Bevölkerung aus allen sechs Bezirken. Eher als Last empfinde ich die finanzielle Belastung infolge der anspruchsvollen Topografie.

*Wo unterscheidet sich die Gemeinde Lauterbrunnen spürbar von einer vergleichbar grossen Gemeinde in der Agglomeration?*

- 8- bis 10-mal mehr Gästebetten als Einheimische
- Typische Tourismusgemeinde
- 3 Bezirke haben nur eine beschränkte oder teilweise keine Strassenerschliessung

*Wenn Sie beim Kanton einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich für Lauterbrunnen wünschen?*

Ein bis zwei offene Gesprächstermine pro Jahr, für welche die Themen zwei Monate im Voraus bekanntgegeben würden. Die Bereitschaft vom zuständigen Regierungsrat oder seinem Stellvertreter zur Durchführung einer 1- bis 2-stündigen Sitzung. Dies als Ersatz für die schlechte politische Vertretung unserer Randregion.

*Wie und wo nehmen Sie als Gemeindepresident in Ihrem Alltag den VBG wahr?*  
Wenig.



## VERANSTALTUNGSHINWEISE / MANIFESTATIONS 2024

Politforum Thun	08./09.3.2024	Thun
HV Verband Bernische AHV- Zweigstellenleiterinnen und -leiter Assemblée générale de l'Association Bernoise des Agents AVS	31.05.2024	Diemtigen
HV Bernisches Gemeindegader BGK Assemblée générale des cadres des com- munes bernoises CCB	07.06.2024	Sumiswald
<b>HV Verband Bernischer Gemeinden</b> Assemblée générale de l'Association des Communes Bernoise	21.06.2024	Studen
HV Verband Bernischer Steuerverwalterin- nen und Steuerverwalter	23.08.2024	noch offen

DER VBG WÜNSCHT IHNEN  
FROHE FESTTAGE  
UND EIN GUTES NEUES JAHR!

L'ACB VOUS SOUHAITE  
À TOUS UN JOYEUX NOËL  
ET VOUS PRÉSENTE  
SES MEILLEURS VŒUX  
POUR UNE ANNÉE 2024  
HEUREUSE ET PROSPÈRE !





# DIALOG<sup>6</sup>

Ihre Mitarbeitenden werden es lieben.



Wechseln Sie nicht mehr zwischen verschiedenen Programmen.

**Wir bieten die integrierte Gesamtlösung.**



Lassen Sie sich in Ihrer Mobilität nicht mehr einschränken.

**Wir bieten maximale Geräteunabhängigkeit.**



Fühlen Sie sich sicher und vertrauen Sie uns.

**Wir tragen Sorge zu Ihren Daten.**



Behalten Sie den Überblick.

**Wir bieten eine moderne Benutzeroberfläche.**



## My Local Services

Die App für Gemeinden  
und deren lokale Akteure.

